

Nehmt die Zerstörungs- und Gewaltmittel!

Die Tagung der Interparlamentarischen Union

Bei dem Empfang, den die deutsche Gruppe gestern den fremden Mitgliedern der Union gab, hielt Reichstagspräsident Loh die Begrüßungsansprache, in der er u. a. folgendes sagte:

„Für die Sicherung des Friedens möchten wir nicht nur den guten Willen, sondern auch jene praktischen Einrichtungen vorbereiten, die den Friedenswillen zu einer gesetzmäßigen Organisation führen, die nicht mehr zerbrochen werden kann. Am Anfang unserer Bewegung stehen unsere unvergeßlichen Vorkämpfer Randafer, Tremer und Frederic Passy, die diese Garantie in den Schiedsverträgen zwischen den Staaten setzten. Wir schätzen und fördern diese Verträge heute noch an erster Stelle, aber wir dehnen unsere Bemühungen aus auf viele andere Gebiete des Zusammenlebens und der Verständigung der Völker, auf die Befestigung des Völkerrechts, die Abrüstung, den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Bekämpfung der sozialen Not.“

Auf der Tagesordnung der 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union steht als erster Punkt der Bericht des Generalsekretärs. Dieser Bericht weist auf die technischen und wirtschaftlichen Fortschritte hin und bezeichnet es als die Aufgabe unserer Zeit, die politische Organisation den veränderten technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Leider zeige die große Defensivität trotz dieser Entwicklung noch nicht genug Interesse für die internationale Politik. Das habe sich auch bei den in letzter Zeit erfolgten Wahlen in verschiedenen Ländern erwiesen. Überall sei bei den Wahlen das Hauptgewicht auf die innere Politik gelegt worden. Deshalb sei es eines der großen Ziele der Interparlamentarischen Union, in jedem Parlament der Welt die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Lösung der internationalen Probleme unserer Zeit und auch den Willen zu ihrer Lösung zu schaffen.

Die beiden wichtigsten Fragen, um die es sich dabei handelt, seien die Beseitigung oder wenigstens die allmähliche Verminderung der dem Handel entgegenstehenden Hindernisse und die Abrüstung.

Noch für verschiedene Jahre werde die Erinnerung an das große Weltunheil so lebendig bleiben, daß die öffentliche Meinung eine provokatorische und kriegerische Politik nicht zulassen wird. Von diesem glücklichen Umstand müsse man Gebrauch machen und sich entschieden auf einen neuen Weg begeben. Denn die Friedensmethoden werden niemals vollständig sein, solange die Staaten ihre Bewaffnung beibehalten und sich den Appell an die Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen vorbehalten. Man dürfe sich keinen Täuschungen hingeben über den Einfluß des menschlichen Verstandes gegenüber einer kritischen Lage.

Es handle sich darum, den Staaten die Zerstörungs- und Gewaltmittel zu nehmen, damit sie im Augenblick der Krise oder des Konfliktes sie auch gegen ihren eigenen Willen nicht benutzen können.

Die Konflikte selbst seien unvermeidlich, sie seien ein Bestandteil des menschlichen Zusammenlebens überhaupt. Aber ihre Lösung durch Gewalt und Zwang sei niemals endgültig. In den internationalen Beziehungen sei die einzige Methode, die einen dauernden Frieden garantiere, die der gegenseitigen Aussprache und der Lösung der Konflikte auf der Grundlage des Rechts und der Zustimmung der beteiligten Parteien.

Die gegenwärtige Entwicklung des Parlamentarischen Systems.

Zu der für die nächsten Tage zu erwartenden Aussprache über „Die gegenwärtige Entwicklung des parlamentarischen Systems“ legt der Union ein Bericht des früheren deutschen Reichstagskanzlers Dr. Wirth vor.

Dr. Wirth stellt in diesem Bericht fest, daß in fast allen Ländern eine „Krisis des Parlamentarismus“ sichtbar sei. Es müsse alles getan werden, damit das Vertrauen in das Parlament als das geeignete Mittel, den Volkswillen durchzusetzen, nicht erschüttert werde. Der Entschlußvorgeschlag der Pariser und Prager Sitzungen stelle folgende sechs Voraussetzungen für einen gesunden Parlamentarismus zusammen: Vorhandensein einer stabilen Mehrheit, Unabhängigkeit des Parlaments von wirtschaftlichen und sonstigen Faktoren, Wahrung des politischen Charakters des Parlaments, Erzielung der öffentlichen Meinung zur Mitarbeit, Dezentralisierung der parlamentarischen Arbeit, Verbesserung der parlamentarischen Technik.

Dr. Wirth geht des Näheren diese einzelnen Voraussetzungen durch und sagt dazu u. a.: Nur durch eine natürliche Beschränkung der Parteien und durch Vermehrung auch des Stimmensystems bei den Wahlen könne wesentliches geschehen, um die Interessenspolitik in die Stellung zurückzuführen, in die sie dem politischen Parlament gegenüber gehörten, nämlich in die Stellung der sachverständigen Ratgeber. Es stehe außer Zweifel, daß das Politische im Leben der Staaten niemals ausgeschaltet werden könne und daß Wirtschaft ohne Politik blind sei. Andererseits sollten aber gerade heute, wo die wirtschaftlichen Fragen so übermächtig seien, bei der politischen Willensbildung die Sachverständigen der Wirtschaft mithelfen.

Zu der Forderung nach Erzielung der öffentlichen Meinung zur Mitarbeit begründet Dr. Wirth weiter eingehend die Notwendigkeit, die Zahl der Parteien möglichst zu beschränken, so daß bei der Wahlentscheidung nur noch festgestellt werde, wo die Mehrheit sei, damit der Wähler nicht mehr damit rechnen müsse, daß seine Entscheidung nachher im Handel der Fraktionen geschehe.

Im Anschluß an seinen Bericht legt Dr. Wirth im Namen der Kommission für organisatorische und politische Fragen der Konferenz einen Entschlußentwurf vor, in dem es heißt: Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Gruppen besonders auf folgende Punkte:

- 1. Erfordernis einer größeren Stabilität von Regierung und Parlament; die Stabilität kann erreicht werden entweder

durch die Wahl der Regierungsmitglieder für eine bestimmte Dauer oder durch Aufstellung eines Wahlsystems, das geeignet ist, die Zerbröckelung der Parteien zu verhindern und zu klaren Mehrheitsbildungen zu führen.

2. Sicherung der Unabhängigkeit des Parlaments und der Regierung von den großen Wirtschaftsorganisationen.

3. Reichere Ausstattung der parlamentarischen Einrichtungen mit sachlichen Unterlagen und, wenn nötig, Zugabe von Sachverständigen für bestimmte, dem Parlament vorgelegte Fragen.

4. Notwendigkeit der Mitwirkung einer ihrer Aufgabe beruhen und aufgestärkten Volksmeinung. Diese Mitwirkung kann durch verschiedene Maßnahmen gewonnen werden, die im einzelnen dargelegt werden.

5. Notwendigkeit der Entlastung des Parlaments durch Uebertragung gewisser Befugnisse an lokale Behörden oder nationale Organisationen, die neben dem Parlament funktionieren.

6. Technische Verbesserung des parlamentarischen Verfahrens, um die schwerfällige Beschlußfassung zu beschleunigen und eine bessere Ausarbeitung der Beschlüsse zu ermöglichen.

Italienischer Protest.

Eine Reihe ehemaliger italienischer Abgeordneter, die im Auslande leben, hat an die in Berlin tagende interparlamentarische Union ein Schreiben gerichtet, in dem diese Abgeordneten ausführlich ihre Auffassungen begründen, daß die Mitglieder des italienischen Parlamentes nicht als Vertreter des Volkes und eine die Regierung Italiens kontrollierende Kammer anzusehen seien, sondern als „Agenten und Beamte dieser selben Regierung“. Die im Auslande lebenden italienischen Abgeordneten bitten, ihre Protestkundgebung der Versammlung zur Kenntnis zu bringen.

Albaniens Operettenkönig.

So lange die Stellung des „Weißen Hasen“ — wie Achmed Bogu sich mit Vorliebe nennen zu lassen pflegt — noch unklar war, insbesondere bis zu seiner Vertreibung durch Jan Koli im Jahre 1924, den er seinerseits mit italienischer Hilfe bereits nach einem halben Jahre wieder stürzen konnte, um sich nun rauh und geliebte, immer unter Italiens starkem Schutz, zum unumschränkten Diktator und Herrn im Lande zu machen, bewährte Achmed Bogu in Wesen und Lebensführung betonte Schlichtheit und Zurückhaltung.

Von dem Augenblick an aber, als er sich 1925 in gefährlicher Position wußte, einem mißfälligen Parlament gegenüberstand und vor allen Dingen bereits über Geld verfiel, änderte sich seine Haltung. Er wurde zu einem wahren Vertreter dessen, was es für uns Mitteleuropäer eigentlich nur noch auf der Operettenbühne gibt, des romantischen und phantastischen Balkanönigtums.

Man könnte ihn den Spaß lassen, wenn seine Handlungsweise nicht einmal sein Land, zweitens aber den Frieden am Balkan überhaupt auf die Dauer ernsthaft gefährdete. Die Geschichte seiner Herrschaft ist zugleich eine unerbittliche Leidensgeschichte für Albanien. Das erste, was Achmed Bogu tat, sobald er es sich ohne Gefahr leisten konnte, war, sich Freunde zu verschaffen, die er an die Futtertröpfe des Staates betrieb und weiterhin Futtertröpfchen zu schaffen, um sich mehr Freunde machen zu können, denn jeder seiner Freunde hatte wiederum seinerseits Duzende von Freunden, die er unterzubringen trachtete. So wuchs ein Heer von staatlichen Koffgängerheran, das nebst Präsident und Parlament 53 Prozent der gesamten Staatsausgaben verschlingt. Den Rest beanspruchte das neue Königs Heeresorganisation, die im Grunde nichts weiter darstellt, als eine persönliche Schutzgarde, deren er allerdings dringend bedarf, um sich vor der gerechten Wut der Bevölkerung zu schützen, für deren soziales und hygienisches Wohl in all den Jahren nichts geschehen ist.

Zwar hat Achmed Bogu ein Ministerium für Landwirtschaft geschaffen, das zahlreiche Beamte versorgt, auch existiert eine Agrulturbank, der die Bauern bis zu 100 Prozent Zinsen für Vorküsse zu zahlen haben, unerträgliche Höhe befor-

gen das weitere, um seinen Wohlstand aufkommen zu lassen. Nur die Monopol-Gesellschaft, in deren Hände die Ausbeutung der Bodenschätze Albaniens verschoben ist und an der neben dem Präsidenten selbst Minister und Abgeordnete beteiligt sind, zahlt 180 Prozent Dividende.

Was sonst noch hinter den Kulissen geschieht, weiß kein Mensch — es sagt genug, wenn Sachverständige das Vermögen, das Achmed Bogu vorchtiger Weise im Ausland deponiert hat, auf 8 bis 12 Millionen RM schätzen.

Die stolzen albanischen Bergstämme hat er, wenigstens teilweise, mit seinem Gelde zu seinen Werkzeugen machen können. Doch kann diese Herrschaft keinen Bestand haben, muß vielmehr zur Explosion führen, wenn eines Tages die Großmännlichkeit des neuen Königs dahin geht, die Erfüllung der territorialen, gegen Südslawen gerichteten Versprechungen zu fordern, zu denen sachliche Verantwortungslosigkeit die Hand geboten hat.

Kleine politische Nachrichten.

Gesamtmission der Thüringischen Regierung.

Die Thüringische Regierung ist in ihrer Gesamtheit zurückgetreten und hat dem Präsidenten des Landtages davon Kenntnis gegeben.

Ein Stinnesgeschäftsführer verhaftet.

Laut „Vossischer Zeitung“ ist der in der Angelegenheit des Kriegsanleihebetruges verhaftete, der Geschäftsführer einer Tochtergesellschaft des Stinneskonzerns, der Eisen und Stahl-Uebersee-Gesellschaft, die ihre Büroräume im gleichen Gebäude wie das Mutterhaus hat. Die Büros dieser Gesellschaft sind anscheinend schon seit einigen Tagen geschlossen. Am Sonntag erschien ein Berliner Kriminalkommissar in Hamburg und legte den Haftbefehl des Untersuchungsrichters vor. Der Beschuldigte fuhr freiwillig nach Berlin mit und wurde als Untersuchungsgefangener nach Moabit gebracht.

Entspannung zwischen Japan und China.

In der gestrigen Kabinettsitzung teilte der Premierminister Japans, Baron Tanaka, mit, daß die Haltung der chinesischen nationalstaatlichen Regierung gegenüber Japan in der Frage der Vertragsrevision verständlicher geworden sei und daß die Nationalisten ihre Wut abzugeben hätten, die Verfühlung über die Behandlung der Ausländer in China zur Anwendung zu bringen, die für die Periode zwischen Ablauf der alten und Abschluß der neuen Verträge in Kraft treten sollte. Es ist bemerkenswert, daß die führenden Mütter eine verständnisvollere Haltung gegenüber China empfehlen und der Meinung sind, man sollte den Nationalisten auf halbem Wege entgegenkommen.

Bombenanschlag gegen das italienische Konsulat in Lüttich.

Eine unter die Fenster des italienischen Konsulats in Lüttich geworfene Bombe explodierte während der Nacht. Da die Bewohner des Hauses abwesend waren, sind nur Sachschäden entstanden. Nach einer der Tat verdächtigen Person wird gefahndet.

Der Abtransport der Toten von „L. 55“.

Zu Mittellungen in der englischen Presse, wonach die Sowjetregierung das Ersuchen der englischen Regierung, zu gestatten, daß die Leichen der Besatzung des kürzlich im finnischen Meerbusen geborgenen englischen Unterseebootes „L. 55“ zur Bestattung nach England transportiert werden, angeblich noch nicht beantwortet hat, erzählt die Telegraphenagentur der Sowjetregierung aus unterrichteter Quelle: Auf eine durch Vermittlung der norwegischen Gesandtschaft eingegangene Anfrage der britischen Admiralität, ob die Möglichkeit bestehe, einen englischen Kreuzer nach Kronstadt zu entsenden, um die Leichen aufzunehmen, wurde der norwegischen Gesandtschaft rechtzeitig mitgeteilt, daß die Sowjetregierung gegen das Einlaufen des Kriegsschiffes einer befreundeten Nation ebenso wie gegen das Einlaufen eines englischen Handelsschiffes nichts einzuwenden habe; sie könne aber das Eintreffen eines englischen Kriegsschiffes in den Sowjetgewässern nicht zulassen.

Von Lindetner-Wildau geht nicht nach Genf. In einigen Stützorten war angekündigt worden, daß auch der deutschnationalistische Reichstagsabgeordnete von Lindetner-Wildau mit der deutschen Delegation nach Genf gehen werde. Wie die D. A. Z. hört, trifft es zu, daß eine Einladung an von Lindetner ergegangen war. Er habe aber dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß er leider nicht in der Lage sei, ihr Folge zu leisten.

Aus Stadt und Land.

Aus, 23. August 1928.

Wetterbericht.

Für das mittlere Norddeutschland.

Wolkig mit zeitweiliger Aufheiterung, keine wesentlichen Niederschläge.

Für das übrige Deutschland.

Nur im Osten einzelne Regenschauer. Im übrigen Deutschland zeitweise heiteres Wetter bei ansteigenden Temperaturen.

Änderung der Postkraftwagen-Haltestellen.

Vom 23. bis 29. August halten die Postkraftwagen nicht auf dem Markt, sondern die von und nach Schwarzenberg, Vodau und Bismarck auf dem Postplatz in der Nähe der Post-Str., und die von und nach Bietfeld fahrenden am Kochschulplatz.

Wieviel Arbeitnehmer gibts in Aue?

Die diesjährige Arbeitnehmerzählung nach dem Stande vom 1. August 1928 hatte für Aue folgendes Ergebnis:

Die Zahl der Betriebe betrug 426 (394). In diesen Betrieben wurden beschäftigt: 1256 (1208) männliche und 498 (458) weibliche, zusammen 1742 (1726) Angestellte; 7904 (7534) männliche und 2600 (2697) weibliche, zusammen 10404 (10321) Arbeiter. In den zahlspflichtigen Betrieben wurden somit am 1. August 1928 9160 (8802) männliche und 3046 (3155) weibliche, zusammen 12206 (11957) Personen beschäftigt. Die Zahlen in den Klammern bezeichnen die Ergebnisse der Zählung vom 8. August vorigen Jahres. Die Zahl der in den zahlspflichtigen Betrieben insgesamt beschäftigten Personen ist gegenüber dem Vorjahre um 249 gestiegen. Uebrigens waren für Auer Betriebe noch 18 männliche und 190 weibliche, zusammen 208 Heim- und Hausarbeiter tätig. Unter den Angestellten sind 13 verheiratete und 7 verwitwete oder geschiedene weibliche Angestellte, ferner 339 verheiratete Arbeiterinnen und 166 verwitwete oder geschiedene Arbeiterinnen mit enthalten.

Straßenperrettung.

Die unterm 14. ds. Mts. beantragte Sperrettung der Staatsstraße Eibenstock—Dundshäbel zwischen Km. 4,5 bis 4,8 wird bis 5. September 1928 verlängert.

Kampf gegen die lärmenden Motorräder — in Berlin.

In Berlin wurde gestern auf Veranlassung des Polizeipräsidenten an sechs verschiedenen Stellen Verordnungen an den Hauptausfallstraßen die Kraftfahrer daraufhin kontrolliert, ob ihre Maschinen lärm verurachten. Die mit knallender Maschine ankommenden Fahrer wurden angehalten. Den Polizeibeamten beigegebene Sachverständige entschieden, ob ein Rad beschlagnahmt werden sollte oder weiterfahren durfte. Eine große Anzahl von Rädern wurden den Fahrern abgenommen; sie werden auf dem Kraftverkehrsamt untersucht. Der gestrigen Kontrolle werden in den nächsten Tagen weitere Prüfungen folgen. — Auch anderswo erscheint der Kampf gegen die knatternden Motorräder angebracht.

Keine Landtagsberatung.

Nach einer Mitteilung des stellvertretenden Landtagspräsidenten hat dieser den erneuten Antrag der Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands auf sofortige Einberufung des Landtages wegen eines sachlichen Einspruches bei der Reichsregierung gegen den Bau des Panzerkreuzers A zurückgewiesen.

Ab 1. September Ebert- und Hindenburg-Marken.

Wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, werden die bereits angeforderten sogenannten Präsidentenmarken am 1. September in den Postanstalten zur Ausgabe gelangen. Die neuen Marken entsprechen in Form und Größe den bisherigen. Die Marktwerte 3, 5, 10, 20, 50, 100 und 200 Pf. zeigen das Bild des früheren Reichspräsidenten Ebert, die Werte 5, 10, 20, 40, 50 und 80 Pf. das Bild des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Die alten Markenbestände werden neben den neuen Marken aufgebraucht.